

Antragsbereich B / Antrag 22/II/2022

**AntragstellerInnen:** Jusos München

**Empfänger:** Unterbezirksparteitag

**22/II/2022: Landnahme auf Agrarflächen stoppen!**

1 Ackerland ist keine Kapitalanlage für Investoren, sondern Lebensgrundlage von  
2 Landwirt\*innen.

3

4 Die Bodenpreise steigen seit Jahren, weshalb sich die Agrarindustrie Europas  
5 zunehmend mit Schwierigkeiten der Kostendeckung konfrontiert sieht.

6

7 Zu den größten Ackerbesitzer\*innen Deutschlands gehören, die Munich Re, die  
8 Immobiliengruppe Lindhorst, der Bauunternehmer und Milliardär Kurt Zech,  
9 der Möbelfabrikant und Milliardär Bruno Steinhoff, der Heizungshersteller und  
10 Milliardär Martin Viessmann, der Einzelhändler und Milliardär Stefan Heinig  
11 und die Milliardäre der Albrecht-Familie. Genau diese landwirtschaftsfernen  
12 Investoren nutzen die Agrarflächen als Kapitalanlage.

13

14 Die Albrecht-Familie diktiert nicht nur Lebensmittelpreise, wie den Milchpreis  
15 durch den Albrecht Discount (ALDI), sondern stiehlt Landwirt\*innen auch die  
16 Ackerflächen.

17

18 Es muss ein Flächenregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands geschaffen  
19 werden, denn es ist von öffentlichen Interesse, zu wissen, wem der Boden in  
20 Deutschland gehört. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrar-  
21 flächen von privaten Großgrundbesitzer\*innen, insbesondere von agrarfernen  
22 und nichtlandwirtschaftlichen Besitzer\*innen. Genossenschaftliche Erzeuger\*in-  
23 nengemeinschaften können die Flächen nachhaltig, gemeinwohlorientiert und  
24 sinnvoller bewirtschaften, deswegen sind diese zu fördern.

25

26 Klare Angaben bezüglich des Bedarfs an Ertragsflächen, Flächen für Viehzucht,  
27 Stromproduktion und Ähnlichem müssen von Land und Bund entwickelt werden.  
28 Der Markt darf nicht die kurzfristig finanziell rentabelste Methode, die der Mo-  
29 nokulturen, für die Ackerflächen etablieren, sondern es muss ein gesundes und  
30 nachhaltiges Verhältnis zwischen den Flächennutzungen geschaffen werden. Die  
31 nachhaltige Versorgungssicherheit Deutschlands ist von elementarer Bedeutung!

32

33 Ein Verbot der Sharedeals bei Agrarflächenverkäufen ist essentiell, denn jene  
34 führen ansonsten dazu, dass das Grundstücksverkehrsgesetz umgangen wird  
35 und Nichtlandwirt\*innen durch den Kauf von Anteilen an Agrar-Holdings zu

36 Agrarflächen kommen.

37

38 Weitere Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes sind bzgl. der Vor-  
39 kaufsrechte durchzuführen. Landesregierungen brauchen diese, um langfristig  
40 günstige Verpachtung und geforderte Flächennutzungen zu gewährleisten.

41

42 Die Kommunen, die Länder und der Bund dürfen keine weiteren Agrarflächen  
43 verkaufen, sondern dürfen diese ausschließlich und langfristig in direkter Linie  
44 an Landwirt\*innen verpachten. Insbesondere nachhaltige, gemeinnützige und  
45 genossenschaftliche Erzeuger\*innengemeinschaften müssen diese Flächen  
46 bekommen. Vergabekriterien sind entsprechend dem Gemeinwohl anzupassen.

47

48 Agrarferne und nichtlandwirtschaftliche Investoren bei Agrarflächen sind welt-  
49 weit zu verhindern. Es braucht eine wirkliche Agrarreform, denn es muss für  
50 jeden Menschen, welcher in der Landwirtschaft arbeiten will, eine lebenswerte  
51 Zukunft garantiert sein.

52

53 **Die Forderungen kurz zusammengefasst:**

54 1. Wir fordern ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands.

55 2. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen von privaten  
56 Großgrundbesitzer\*innen und eine Förderung von genossenschaftliche Erzeu-  
57 ger\*innengemeinschaften.

58 3. Wir fordern eine nachhaltige Versorgungssicherheit mit klaren Angaben von  
59 Bund und Land bzgl. Nutzungen auf Landwirtschaftlichen Flächen.

60 4. Wir fordern Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes, ein Verbot von  
61 Sharedeals und ein Vorkaufsrecht der Landesregierungen und der Kommunen.

62 5. Wir fordern ein Ende des Verkaufs von kommunalen, landes- und bundesei-  
63 genen Agrarflächen, stattdessen brauchen wir Verpachtungen mit einem ge-  
64 meinwohlorientierten Vergabekriterienkatalog.